

# BEST AVAILABLE COPY

Begläubigte Abschrift

Begläubigte Abschriften

Spruchkammer

Bad Reichenhall.

15. Jan. 1948

Vorsteherkennzeichen 12.2317

auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus vom 5. März 1946 erlässt die Spruchkammer Bad Reichenhall bestehend aus:

1. Gerhard Krause ..... als Vorsitzender
2. Oskar Dreyer ..... als Beisitzer
3. Stephan Holzner ..... als Beisitzer
4. Wilhelm Lüfting ..... als Beisitzer
5. Hans J. Möll ..... als Beisitzer
6. Dr. Wilhelm Hennig ..... als Beisitzer
7. Karl Reinberger ..... als Beisitzer

gegen Dr. Starke Werner, Oberlandesgerichtspräsident  
geboren 4. Mai 1891 in Ober-Rheinisch  
Wohmannsbergstrasse 6, 8000 München  
zu einer schriftlichen Verhandlung zu urteilen.

J. P. R. K.

Der Betroffene ist: Mitglieder nach Art. 121 II

Es werden ihm folgende Sanierungsmaßnahmen auferlegt: nach Abzug eines einmaligen Beitrag zum Wiedergutsmachungsfond von RM 10,-  
Im Falle der Unzumutbarkeit tritt an die Stelle von je RM 5,- eine Arbeitsleistung von einem Tag.  
Die Kosten des Verfahrens trägt der Betroffene.  
Strafzettel wird nicht festgestellt. Die Kosten tragen die Mindestabfuhr von RM 20,-.

Begründung:

Der Betroffene war Mitglied der NSDAP von 1930-45 der allgemeinen

DECLASSIFIED AND RELEASED BY  
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY  
SOURCES METHODS EXEMPTION 3B2B  
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT  
DATE 2003 2008

# BEST AVAILABLE COPY

SS(Reiter-SS) gehörte er von 1936-45 an, dabei ehrenhalber Oberscharführer und durch Rangangleichung im Jahre 1944 Hauptsturmführer. Ferner gehörte er der NSV, dem VDA, der deutschen Jägerschaft und dem NS-Altherrenbund als Mitglied a.R.u.A.s.d.

Antrag des öffentlichen Klägers bei Klageerhebung, Gruppe IV:

Antrag nach der Beweisaufnahme Richter mit Bezugnahme.

Nach seiner eigenen glaubhaften Darstellung trat der Betroffene 19-jährig im Jahre 1930 in die NSDAP ein. Er übernahm damals die Betriebswirtschaftung des Gutes seiner Verstorbenen Eltern in Schlesien, welches durch die allgemeine Notzeit stark verschuldet war. Er glaubte damals den Versprechungen der Propaganda der Partei, die die Breitung der Einkommenschaft gerade bei der ländlichen Bevölkerung besonders stark propagierte. Er hat sich jedoch nicht für die Partei bekehrt, sondern wie lediglich die Gutswirtschaft an seinen monetären Beitrag von ca. 1.50 an die Partei abzuführen.

Nach seinem Doktor-Innen im Jahre 1935 wurde er zur weiteren Ausbildung und Vertwendung in den landwirtschaftlichen Sektor zur Landwirtschaftsschule Breslau versetzt. Während seines Studiums war er Mitglied der Silesia, einer Studentenverbindung, auch in den angekündigten.

Im Jahre 1936 wurde die Eingliederung der landwirtschaftlichen in SS-Reiter-SS-Leiterstämme in Schlesien durchgeführt. Selbst war lebensschaftlicher Turnierreiter und seine Vorliebe, und seine Leistungen in der Pferdesucht waren weitgehendst bekannt. Deshalb stellte ihn der Landesbauernführer eines SS-Leiterstandortes zur fachtechnischen Beratung in die Pferdezucht zur Verfügung. Als junger Beamer der Landesbauernschaft konnte er sich dieser Aufgabe wie auch der damit verbundenen Aufnahme in die Reiter-SS nicht entziehen. Er wurde jedoch stets von jedem SS-Dienst freigegeben und widmete sich lediglich der Pferdezucht, seinem Beruf und seinem Gute, ohne sich irgendwie politisch zu betätigen. Noch im gleichen Jahre wurde er ehrenhalber Oberscharführer des Reiter-SS, die man verlieh ihm diese Uniform, um bei seinem fachtechnischen Einsatz unverdeckt auftreten zu können. Durch seine dienstliche Entwicklung bei der Wehrmacht als Leutnant, Oberleutnant, Hauptmann wurde ihm der etwa gleichwertige Rang ehrenhalber in der Reiter-SS verliehen. Als Hauptmann hatte er also ehrenhalber den Rang eines Hauptsturmführers. Der Betroffene hat nie das nationalsozialistische Gedankengut vertreten oder Propaganda für die Partei gemacht. Dies wird insbesondere durch folgende Umstände gekennzeichnet: Der Betroffene war mit der Tochter eines politisch Verfolgten verheiratet, sie ebenfalls aus Überzeugung Antifaschistin war. Der Betroffene verstand sich auch auf politischem Gebiet sehr gut mit sei-

# BEST AVAILABLE COPY

nen Schwiegervater. Wegen seiner politischen Gesamteinstellung und als Gegner jeglicher Parteivillkür wurde er schließlich von Seiten der Ortsgruppenleitung Maynau und Münsterberg als politisch unzuverlässig bezeichnet: Beweis Zeugnis Bräuer und Thiel (Bl. 53 und 58). Der Betroffene ist gegen jegliches Unrecht, das ihm bekannt wurde, aktiv eingeschritten. So hatte er u.a. den Kurs in der Judenfrage abgelehnt und gegen den Willen und die ausdrückliche Anordnung der Ortsgruppenleitung seine Beziehungen zu seinem Nachbarn Wyhernfurth-Göllischeck, einem Jude, aufrecht erhalten und ihm gegen ein bestehendes Verbot Badearlaubnis in der Gutsbadeanstalt gewährt. Er wurde deshalb von der Gauleitung scharf verwarnt. Wegen unberechtigten Tragens des KK I des Ortsgruppenleiters von Münsterberg richtete er eine Beschwerde an die RHEINISCHEN ständige Parteiostelle und stellte sich dadurch wie auch durch sein Vorsehen gegen den Kreisleiter von Goldberg-Haynau wegen unrechtmäßigen Erwerbs von Lebensmitteln weiteren Anfeindungen von Seiten der Partei aus. Er stellte sich für den der Partei nicht genehmten Landesbauernführer Jaschke ein und erreichte, daß er in seinem Amt verblieb. Den Slovenen Vehle, der wegen antisemitischen Äußerungen von der Gestapo inhaftiert war, bewahrte er nach 6 wöchentlicher Gestapo-Haft vor dem KK durch persönliche Bürgschaft. Die Ehefrau des Unt.-Offiziers Linke (Bk. 86), eines Angehörigen seiner ehemaligen Einheit, konnte durch sein persönliches Einsatz aus der KK-Haft Haunstetten-Breitwiesen entlassen werden. Auf seinem Gut waren Gutarbeiter beschäftigt. Die Behandlung war die gleich gute wie bei den deutschen Arbeitern. Vor dem Einmarsch der Amerikaner lag die Einheit des Betroffenen in Bischofsgrün. Er widersetzte sich den sinnlosen Befehlen der Verteidigung des Ortes, die vom Kampfkommandanten befohlen wurde und verhinderte dadurch ein unnötiges Blutvergießen der Truppe und der Bevölkerung. Die Beweisaufnahme erbrachte die Glaubwürdigkeit seiner Darstellung durch Vernehmung der Zeugen Lenor, Kuhl, Bratsch, Deutschmann und Bonk (Bl. 53, 48, 44, offensstatl. Erkl.: v. 8.1.48). Der Betroffene wurde übereinstimmend als völlig unpolitisch gekennzeichnet, der als Vorgesetzter sowohl auf seinem Gut als auch bei der Wehrmacht sich außerordentlicher Beliebtheit erfreute und sich stets für Recht und Gerechtigkeit einzustehen. Auch gegen den Willen der Parteidienststellen. Seine lediglich fachliche Tätigkeit in der SS wurde durch die Zeugin Bratsch, Zeugin Lenor und Bonk bestätigt, ebenso sein Widerstand gegen die Ortsgruppen- und Kreisältester, wie auch das Eintreten für den politisch Verfehlten Vehle. Kennzeichnend für sein tatsächliches Gesamtverhalten ist Aussage des Zeugen Bonk, aus der hervorgeht, daß das Gut des Betroffenen auch nach dem Einmarsch der russischen Truppen von jeglicher Plünderung bewahrt blieb. Daraufhin wurde seinem Gutsverwalter von dem rüs-

# BEST AVAILABLE COPY

sischem Kommandanten die Einbringung der Rente zugesichert. Sein Verhalten als Wehrmachtangehöriger und insbesondere die Verhinderung der sinnlosen Verteidigung von Bischofswiesen wird von den Zeugen Bentzschman und Nuhl, einem Missionar, bestätigt, darüber hinaus die Bildungsstelle Erklärung des Generals Winter (Bl.51) und durch den Bürgermeister der Gemeinde Bischofswiesen (Bl.52). Der Betroffene hat die Behauptung des Art.6 und 10d. Beir.-Ges. widerlegt, da er zwar früherzeitig, in gutem Glauben, an die Brechung der Zinspflichtschaft der Partei mitgesiecht, aber nachweislich nicht für die Partei bestätigte sondern sich, wie der Sachverhalt bezeugt, gegen die Willkürmaßnahmen der Partei stellte. Sein Rang als Hauptsturmführer schwerbar kann ihn nicht belasten, da er als solcher wie auch in irgend einer anderen Charge bei der SS keinen Dienst getan hat. Er gilt deshalb als Ehrenführer im Sinne des Beschl. St.R.G.32/46, veröffentlicht am 14.6.1946 - Bl.52 und zählt als solcher nicht in die Gruppe der Hauptschuldigen. Er hat weiter den Verbleib darin Art.7-9, Aktivist zu sein, Bewaffneter Aktivist, widerlegt, weil er sich nicht für die Maßnahmen der NSDAP eingesetzt, sondern diese verteidigt, obwohl er kein militärisches Gedankengut in Hinsicht auf Art.8 feststellte. Bei der Beurteilung seines tatsächlichen Gesamtbildes folgten nach Art.2: wie er Tatbestandmerkmale des Artikels II erfüllt, die ihm wohl zu seinen Gunsten anzusehen sind, und den Befreiungen, die er nicht mehr als nominell an Nationalsozialistischen teilnehmen hat. In seiner technischen Beratung des Kulturbüros nicht die Kammer keine aktivistische oder propagandistische Unterstützung im Sinne des Nationalsozialismus.

Die Kammer reichte ihn deshalb in die Gruppe der Mitläufer nach Art. 12/II, 1. ein und berücksichtigte insbesondere seine tatsächliche unpolitische Zusammenarbeit. Von einer Bewährungsfrist für den Betroffenen wurde deshalb abstand genommen, weil er durch seinen kriminellen Arbeitseinsatz während seines Aufenthaltes im Internierungslager vom 30.7.45 - 17.8.47 z.T. unter erschwerten Bedingungen (Futterleistungsbau) sich für die Allgemeinheit und damit für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands trotz Verschränktheit tatkräftig eingesetzt hat. Bei der Freisetzung der Söhne rechnete ihm die Kammer seine 23jährige verfügte Haft im Internierungslager, den Verlust seines gesamten Eigentums durch Kriegseinwirkung und seine Kriegsbeschädigung nach Art.29 voll zu und hielt deshalb als einzmaligen Wiedergutmachungsbeitrag den Mindestbetrag von Bl. 50,- für ausreichend.

# BEST AVAILABLE COPY

Für die Kosten des Verfahrens wurde sechshundert kein Streitwert zugrunde gelegt, da der Betroffene als Flüchtling und aus oben erzählten Gründen nichts mehr besitzt, darüber hinaus seine Frau und Tochter wegen schwerer Lungenkrankheit sich im Krankenhaus befinden, und hält deshalb eine Mindestgebühr von AM 20.- für angemessen.

Der Vorsitzende : . . . . . Zeitsitzer :  
Herr Kreuse . . . . . Beyer, Iking, Holzner, Knoll



Für die Richtigkeit der Abschrift  
Bad Reichenhall, den 27. II. 1948

Geschäftsstelle der Spruchkammer

Vorstehender Spruch ist rechtskräftig.  
Bad Reichenhall, den 27. II. 1948

Geschäftsstelle der Spruchkammer

Der Urkundabezeichnung

Vorrichtungsgebühr 1.00 AM bezahlt.

Bad Reichenhall, den 27. II. 1948

Verwaltungskosten - Buch

Nr. 1/27/47

Die Geschäftsstelle der  
Spruchkammer Bad Reichenhall

W. A. Mengell  
Geschäftsführer

